

erschienen in: *Nebelspalter*, 24.5.2026

Wie die Personenfreizügigkeit das Erfolgsmodell Schweiz untergräbt

Reiner Eichenberger und Fabian Kuhn

Was ist das Schlimmste an der Personenfreizügigkeit? Sie gibt den Politikern und Bürgern Anreize, schlechte Politik zu betreiben: mehr Staat, mehr Regulierung, mehr Schulden, höhere Beamtenlöhne.

Wer verstehen will, wie sich die Personenfreizügigkeit auf die Schweiz auswirkt, muss verstehen, was die Schweiz ist und was die Personenfreizügigkeit und die Bilateralen I sind.

Die Schweiz ist punkto Wohlstand und Lebensqualität europaweit führend. Wichtige Treiber dafür sind ihre besonderen politischen Institutionen: Direkte Demokratie, kleinräumiger Föderalismus, eine fruchtbare Mischung von Proporz- und Majorzwahlen und das Milizsystem. Sie gaben den politischen Entscheidungsträgern – Bürgern, Politikern, Chefbeamten, Spitzenverbänden – Anreize und Möglichkeiten, die Schweiz attraktiv und wettbewerbsfähig zu halten, mit flexiblen Arbeits- und Wohnraummärkten, schlankem Staat, wenig Bürokratie, gesunden Staatsfinanzen, tiefen Sozialausgaben trotz grosszügigen Sozialleistungen, und hohem Vertrauen zwischen Bürgern und Staat. So wurde die Schweiz zu einem Hort menschenfreundlichen Liberalismus.

Die Bilateralen I beinhalten einzelne, über das Freihandelsabkommen von 1972 hinaus gehende Erleichterungen für den gegenseitigen Marktzutritt sowie die Personenfreizügigkeit. Diese bringt der Schweiz – wegen ihrem hohen Wohlstand, ihrer Kleinheit gegenüber der EU sowie ihrer Vielsprachigkeit und einem bereits sehr hohen Ausländeranteil und dadurch tiefe Zuwanderungskosten – hohe Zuwanderung und ein sehr schnelles Bevölkerungswachstum.

Daraus resultiert für die Schweiz ein grosses Wachstum des gesamten Bruttoinlandprodukts (BIP), aber kaum zusätzliches Wachstum des BIP pro Kopf. Zugleich bringt schnelles Bevölkerungswachstum eine Verknappung und Verteuerung von Boden, Wohnraum, Infrastruktur, Umweltgüter und Selbstversorgungs- und Entsorgungsziele. Infolge dieser „Füllungskosten“ sinkt die Lebensqualität in der Schweiz hin zum EU-Niveau.

Bevölkerungswachstum und Füllungskosten belasten die Schweiz bereits erheblich. Noch schwerer wiegt jedoch, wie sich die Personenfreizügigkeit auf die Schweizer Institutionen sowie die Anreize der politischen Handlungsträger auswirkt. Die Wirkung erwächst automatisch aus der Logik politisch-ökonomischer Prozesse und bedroht das Erfolgsmodell Schweiz existenziell.

Personenfreizügigkeit bringt schlechte Politik

Opium für Regierung und Parlament. Bevölkerungswachstum nützt den Regierungs- und vielen Parlamentsmitgliedern. Es erhöht die Steuereinnahmen und bringt zusätzliche Mittel für eigene Projekte und die eigene Klientel. Besonders verführerisch ist, dass die Steuereinnahmen sofort anfallen, der Grossteil der Kosten aber erst später. Infrastruktur wie Schulhäuser, Verkehrsinfrastruktur, Spitäler und Verwaltungskapazitäten können schon nur wegen Planung und Auftragsvergabeverfahren oft erst viele Jahre später ausgebaut werden. Das bewirkt zweierlei: Erstens verdrängt schnelles Wachstum nachhaltige Reformen. Statt die Steuereinnahmen durch eine strukturelle Stärkung des Wohlstands zu erhöhen, können Regierung und Parlament kurzfristige Mehreinnahmen aus zusätzlicher Zuwanderung ohne Wohlstandssteigerung erzielen. Zweitens werden die Regierungen und Parlamente von hohem Bevölkerungswachstum abhängig. Die laufenden Mehrausgaben lassen sich nur tragen, solange neue Zuwanderung neue Einnahmen bringt. Wenn das Wachstum nachlässt oder die aufgeschobenen Kosten fällig werden, sind die früheren Einnahmen längst verteilt. Dann bleiben nur höhere Steuern, Gebühren und Abgaben.

Dünger für Verwaltung und Staatslöhne. Die staatliche Verwaltung wächst stark, die Löhne im Staatssektor sind hoch und steigen dennoch weiter. Diese Entwicklung ist nicht überraschend, sondern eine ganz normale Folge der Personenfreizügigkeit. Mit starkem Bevölkerungswachstum wächst der Bedarf an staatlichen Leistungen. Gleichzeitig können viele öffentliche Aufgaben nicht beliebig mit Zuwanderern besetzt werden. Rechtliche Vorgaben sowie lokale Sprach-, Rechts- und Institutionenkenntnisse führen dazu, dass vor allem Schweizer für solche Stellen infrage kommen. Wenn Bevölkerung und Ausländeranteil wachsen, muss deshalb ein immer grösserer Teil der Schweizer im Staatssektor arbeiten –

und im Falle vieler Bundesangestellten nach Bern umziehen oder pendeln. Mit dem steigenden Bedarf werden geeignete Kandidaten knapper und damit teurer. Das zeigt sich in steigenden Staatslöhnen, besonders beim Bund, aber auch in Kantonen und Gemeinden. Daraus erwächst ein Teufelskreis. Je mehr Schweizer in der Verwaltung arbeiten, desto stärker fehlen sie in der Privatwirtschaft. Diese Lücke erhöht wiederum den Bedarf an Zuwanderung, was den Druck auf Verwaltung, Infrastruktur und öffentliche Leistungen weiter verstärkt. Zugleich wächst mit dem Anteil der Stimmberechtigten im Staatssektor auch der politische Rückhalt für staatlichen Ausbau. Was durch Bevölkerungswachstum ausgelöst wird, wird so statt demokratisch gebremst noch weiter angeheizt.

Mutter illiberaler Politik. Die Zuwanderung steigt mit der Attraktivität der Schweiz. Je höher die Lebensqualität, desto mehr Menschen wollen in die Schweiz kommen. Mit der Personenfreizügigkeit darf die Schweiz die Zuwanderung jedoch nicht direkt steuern. Deshalb führt jede Steigerung der Standortattraktivität zu zusätzlichem Zuwanderungsdruck. Die positiven Effekte von Investitionen in Verkehrsinfrastruktur, Schaffung von Wohnraum oder eine bessere Nutzung einheimischer Arbeitskräfte führen zu mehr Zuwanderung und werden so durch zusätzliche Füllungskosten wieder aufgezehrt. Dadurch verliert die Bevölkerung den Anreiz, sich für gute Politik einzusetzen, die die negativen Folgen des Bevölkerungswachstums abfedert.

Noch gravierender ist ein zweiter Effekt. Weil die Personenfreizügigkeit die Gleichbehandlung von EU-Bürgern verlangt und eine direkte Steuerung der Zuwanderung verbietet, können sich die heutigen Insider nicht gezielt gegen tatsächlichen oder wahrgenommenen Zuwanderungsdruck schützen. Sie können sich nur indirekt abschirmen, indem sie alle Outsider diskriminieren, die neu in Wohnungs- oder Arbeitsmärkte eintreten wollen. Dazu gehören nicht nur Zuwanderer, sondern auch junge Inländer sowie Neuzuzüger aus anderen Regionen der Schweiz. So wächst die Nachfrage nach Regulierungen im Wohn- und Arbeitsmarkt. Mietzinsregulierungen, erschwerte Kündigungen, subventionierte Wohnungen für langjährige Einwohner, Mindestlöhne und flankierende Massnahmen schützen die Etablierten und erschweren den Zugang für Neue. Damit untergräbt die Personenfreizügigkeit mit der EU die Personenfreizügigkeit innerhalb der Schweiz und zerstört zwei Quellen des Schweizer Erfolgs: ihre ehemals flexiblen Wohn- und Arbeitsmärkte.

Beschädigung der Schweizer Erfolgseinrichtungen. Hohe Zuwanderung schwächt die positive Kraft des Milizsystems und der direkten Demokratie. Mittlerweile beträgt der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung bei den 30- bis 40-Jährigen rund 40 Prozent. Mit dem Bevölkerungswachstum wächst der Bedarf an Milizarbeit in Politik,

Gesellschaft und Armee, aber das Angebot wächst kaum. Zugleich hat ein grosser und wachsender Teil der Bevölkerung keine demokratischen Rechte, was die positive Beziehung von Einwohnern und Staat aushebelt. Schliesslich führen diese Mechanismen gemeinsam zu Vertrauensverlust in den Bundesrat, die Verwaltung, die Spitzenverbände und selbst in die direkte Demokratie.

Was hilft?

Mit Personenfreizügigkeit muss sich die Lebensqualität in der EU und der Schweiz annähern. Denn Zuwanderung erfolgt so lange, wie der Wohlstandsvorsprung der Schweiz gegenüber anderen Ländern grösser ist als die Wanderungskosten. Sie kommt erst dann zum Stillstand, wenn es keine relevanten Wanderungsgewinne mehr gibt. Das kann entweder geschehen, indem die EU-Länder schnell aufholen, oder die Schweiz auf EU-Niveau sinkt. Ersteres ist unwahrscheinlich, letzteres nicht erstrebenswert. Die sinnvolle Lösung ist deshalb, die Zuwanderung selbst klug zu lenken. Die einfachste Lösung dafür ist eine direkte und explizite Aufenthaltsgebühr für Neuzuwanderer nach dem Modell einer Kurtaxe. Erwachsene Zuwanderer sollen pro Kopf und Tag während drei bis fünf Jahren eine Gebühr von 10 bis 25 Franken entrichten. Eine solche Abgabe wäre wohl auch mit der in der Schweizer Verfassung vorgesehenen (aber nicht umgesetzten) Steuerung der Zuwanderung mit Kontingenten vereinbar. Denn Aufenthaltsabgaben sind Kontingente, die nicht verschenkt, sondern erworben werden.

Aufenthaltsabgaben für Neuzuwanderer könnten auch indirekt und implizit und damit besser vereinbar mit der Personenfreizügigkeit erhoben werden, indem alle erwachsenen Einwohner eine zusätzliche Abgabe an den Staat leisten, und zugleich die Inländer eine zusätzliche Leistung vom Staat erhalten. So könnten alle Personen, die in der Schweiz ins Erwachsenenalter treten, einen Gesellschaftsbeitrag in Form von Wehrdienst, gemeinnütziger Arbeit oder eines Finanzbeitrags im Umfang von 50'000 Franken leisten müssen, was dem Minimum der Belastung von Schweizern durch die Wehrpflicht entspricht (tief geschätzter Verdienstausschlag für die 245 Diensttage minus Erwerbsersatz und Sold). Zugleich könnte der Staat für alle hier Aufwachsenden mit einem neuen Kindergeld ein Grundkapital aufbauen, dessen Wert den Gesellschaftsbeitrag übersteigt und das sie dann als Erwachsene für die schwierigen Situationen des Lebens – auch die Bezahlung des Gesellschaftsbeitrags – einsetzen könnten. Da dem Staat der Gesellschaftsbeitrag bei vernünftig festgelegten Werten (z.B. 70'000 Franken Grundkapital) dank den Zuwanderern mehr einbringt als ihn das Grundkapital kostet, würden nicht nur für die jungen Inländer, sondern für alle Inländer ein bedeutender Überschuss entstehen.

Diese Vorschläge würden die Zuwanderung wirkungsvoll senken und lenken. Es kämen vor allem diejenigen, die der Schweiz viel geben und denen sie viel gibt, und die angeführten Fehlanreize aller relevanten politischen Handlungsträger würden wenigstens teilweise korrigiert. Auch mit der Aufenthaltsabgabe wäre die Steuerbelastung für Zuwanderer noch tiefer als in der EU. Aber ein Teil ihres grossen Wanderungsgewinns flösse an die bisherigen Einwohner, was diesen wieder beste Anreize gäbe, für Offenheit und gute Politik einzustehen.

Reiner Eichenberger ist Professor für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz) und Forschungsdirektor von Crema (Center of Research in Economics, Management, and the Arts).

Fabian Kuhn ist Diplomassistent am Lehrstuhl für Theorie der Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Universität Freiburg (Schweiz).